

EntschlieBungen des 10. Landesparteitages

Gesunde D6rfer

Der Arbeitskreis „Fragen der Agrarstruktur“ bestatigt, daB die Regierung von Hassel wdhrend der vergangenen vier Jahre in Ubereinstimmung mit dem Landwirtschaftsgesetz eine erfolgreiche schleswig-holsteinische Agrarpolitik betrieben hat. Die Bestimmungen dieses Gesetzes sollen auch kdnftig zur Sicherung der landwirtschaftlichen Ertragslage „als unerl6bliche Grundlage fdr die weitere agrarpolitische Arbeit in unserem Lande bis zum 6uBersten genutzt werden.“

Besonders vordringlich werden der Landesregierung folgende Aufgaben genannt: Schaffung einer gesunden Struktur unserer D6rfer — Weiterfdrung der Flurbereinigung unter EinschluB der Ausiedlung und Aufstockung. — Fortfdrung der Siedlung im Rahmen der auf dem freien Markt gegebenen M6glichkeiten und „auf eine Weise, die beiden, Heimatvertriebenen und Einheimischen, gerecht wird“. — Fortsetzung und Ausweitung des Wirtschaftswegebau in Anpassung an die schnell fortschreitende Technisierung. — Weitere F6rderung der Wasserwirtschaft. Dabei wird erwartet, „daB die Ver6nderung in der wasserwirtschaftlichen Zust6ndigkeit auf der Bundesebene weder den Umfang, noch die Finanzierung der unerl6blichen Arbeiten beeintr6chtigen.“

AbschlieBend heiBt es: „Mit besonderer Sorge wird darauf verwiesen, daB die marktferne Lage des Landes die landwirtschaftliche Ertragslage zunehmend belastet. Die dadurch bedingten finanziellen EinbuBen treffen alle Betriebsgr6Ben. Sie verhindern aber vor allem die notwendige Rationalisierung in den kleineren Betrieben, fdr die nicht zum wenigsten im Hinblick auf die Arbeitsuberlastung der B6uerinnen besondere erleichternde MaBnahmen unerl6blich sind.“

Der Ausgleich der Marktferne stellt also der Agrarpolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung eine weitreichende Aufgabe, zumal die Grundsteuer die Landwirtschaft in unserem Lande besonders hart belastet. Der Erfolg wird um so sicherer sein, je konsequenter unser Land die Anpassung der Kostenlage in den landwirtschaftlichen Betrieben an die ver6nderten Marktverh6ltnisse f6rdert.“

Einheit der Kultur

Neun Punkte umfaBt die EntschlieBung des Arbeitskreises „Kultur- und Schulpolitik“. Kultusminister Osterloh stellte bei der Berichterstattung die These voran: „In Freiheit, dristlich, ohne Heuchelei und ohne Gewissenszwang.“

Der Arbeitskreis bekennt sich zur Einheit der deutschen Kultur, zur personalen Wdrde des einzelnen und zum Recht jedes Kindes auf gleiche Bildungs- und Entfaltungsm6glichkeiten.

Die EntschlieBung verweist sodann darauf, daB das Schulwesen in Schleswig-Holstein mit neunj6hriger Volksschulpflicht nach dem Zusammenbruch zu neuer Bl6te gebracht worden ist. Das klar gegliederte Schulwesen vermittelt allen Kindern eine ihren Anlagen entsprechende und ihren zukdnftigen Berufen angemessene Schulbildung. Wichtig ist dabei das Vertrauensverh6ltnis zwischen Lehrern und Eltern und die Freiheit des Lehrers fdr seine erzieherische Aufgabe. „Alle echte Erziehung erw6chst aus Vertrauen, Vorbild und Liebe“, heiBt es w6rtlich. Der AusschuB begruBt es, daB die Oberleitung zur dreij6hrigen Ausbildung der Volksschullehrer in Angriff genommen ist. Weiterhin wdnischt der AusschuB, daB die Landesregierung auch auf dem Gebiet des Religionsunterrichts fdr geeignete freiwillige Fortbildungsm6glichkeiten der Religionslehrer aller Schulgattungen besorgt bleibt.

Besondere Bedeutung miBt der Arbeitskreis der Aufgabe zu, den Kindern ein lebendiges Wissen um die heute noch besetzten Gebiete in Mittel- und Ostdeutschland zu vermitteln. Das Recht auf Heimat als Grundforderung menschlichen Lebens soll jedem Kind bewuBt werden. — Die M6glichkeit eines freiwilligen hauswirtschaftlichen Praktikums im neunten Volksschuljahr oder nach dem Ende der Schulzeit soll gepr6ft werden. — Der AusschuB er-

mutigt schlieBlich die Landesregierung, den Ausbau von Landesuniversit6t, Ingenieur- und Bauschulen durchzuf6hren und in ihrer Sorge fdr staatsb6rgerliche Bildung, Erwachsenenbildung und musische Erziehung sowie um die F6rderung der Jugend- und Sportverb6nde nicht nachzulassen.

Fdr den Menschen

Der Arbeitspreis „Sozialordnung“ betont in seiner EntschlieBung: „Bei den noch offenen Aufgaben geht es weniger um das Problem der Versorgung als vielmehr um die Verbesserung der sozialen Beziehungen zwischen den Menschen und Gruppen unseres Volkes.“ Vordringlich sei die Schaffung von Eigentum in breiten Schichten der Bev6lkerung, die Reform des Krankenversicherungsrechts und die Verbesserung der Berufsausbildungshilfen sowie der Nachwuchsf6rderung. Um alten und kranken Menschen so lange wie m6glich ihre Selbst6ndigkeit zu erhalten, soll der Bau von Wohnungen angestrebt werden, die beson-



Chruschtschow in Pankow

ders fdr diesen Personenkreis geeignet sind. In vergr6Bertem Umfange soll daneben der Bau von Alterswohnheimen und Rentnerheimen — in Verbindung mit Pflegestationen — gef6rdert werden. Dabei soll der Gewinnung eines geeigneten Nachwuchses fdr Krankenpflege- und F6rsorgerberufe besondere Beachtung gewidmet werden.

Gegen jede Vermassung

Der Arbeitskreis „Selbst6ndiger Mittelstand“ weist darauf hin, „daB die Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein von den mittelst6ndischen Betrieben ein besonderes Gepr6ge erh6lt, wozu selbstverst6ndlich auch

die freien Berufe geh6ren“. Im einzelnen heiBt es u. a.: Eine st6rkere F6rderung des selbst6ndigen Mittelstandes wirkt den Vermassungs- und Kollektivierungstendenzen entgegen und schafft die Voraussetzung fdr eine echte Wettbewerbswirtschaft. — Die Steuerpolitik soll in vermehrtem MaBe auf eine Bildung des Eigenkapitals in breiter Streuung ausgerichtet werden. — Die beste Kreditpolitik besteht in der F6rderung des privaten Kapitalmarktes. Das staatliche Kreditwesen ist zu vereinfachen, der Personalkredit st6rker zu ber6cksichtigen. — Die Sozialpolitik des Bundes soll der Situation der mittelst6ndischen Wirtschaft Rechnung tragen; Beh6rden- und Belegschaftshandel sollen bek6mpft, die Regiebetriebe eingestellt werden. Der Schwarzarbeit wird der Kampf angesagt. — Eine angemessene Altersversorgung des Mittelstandes ist anzustreben, wobei ein H6rteausgleich aus W6hrungssch6den erfolgen muB. — Die stufenweise Eingliederung des Althausbesitzes in die soziale Marktwirtschaft ist nunmehr durchzuf6hren. — Der Arbeitskreis weist auf die Notwendigkeit hin, F6rderungsmaBnahmen auch seitens des Bundes fdr den gesamten Wirtschaftsraum Schleswig-Holsteins aufrechtzuerhalten.

Familiengerecht wohnen

Der Arbeitskreis „Wohnungspolitik“ stellte ein Programm auf, aus dem wir zitieren: Beseitigung der letzten Barackenlager und sonstiger Notquartiere. — Schnellste Ueberfdrung der zur Zeit noch in solchen Unterkdnften untergebrachten Familien in zumutbare Wohnungen, wobei eine angemessene Versorgung 6ber die Umschichtung (durch freizumachende billige Alt- und Neubauwohnungen) empfohlen wird. — Gegebenenfalls sollen individuell gestaltete Mietbeihilfen den Bezug familiengerechter Wohnungen sicherstellen. — Durch m6glichst weite Streuung der Bauvorhaben soll auch die mittelst6ndische Bauwirtschaft gef6rdert und monopolistischen Tendenzen bzw. GroBauftr6gen der 6ffentlichen Hand vorgebeugt werden. — „Solche MaBnahmen f6rdern den Facharbeiterwohnungsbau, insbesondere fdr die mittelst6ndische Wirtschaft — zumal wenn diese Facharbeiter vordringlich in Eigenheimen untergebracht werden.“

Der Arbeitskreis fordert: Familiengerechte Versorgung hinderreicher Familien, ggf. bei Gew6hrung von Miet- und Lastenbeihilfen. Er erkennt die bisherigen 6ffentlichen Leistungen zur Substanzerhaltung des Althausbesitzes an und wdnischt in den n6chsten Jahren besonderes Gewicht fdr Modernisierung und Sanierung des Althausbesitzes „mit dem Ziel, ihn sobald wie m6glich fdr die freie Marktwirtschaft wettbewerbsf6hig zu machen.“

Die Landesregierung wird aufgefordert, die M6glichkeiten zur weiteren Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung des Althausbesitzes zu pr6fen. „Das Endergebnis“ der Wohnungspolitik der n6chsten Jahre muB sein, die Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft zu 6berf6hren.

Gr6Be und Grufworte

In Telegrammen und Grufbotschaften haben der Bundesvorsitzende der CDU, Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bundesgesch6ftsf6hrer Dr. Kraske, die Landesverb6nde Rheinland, W6rttemberg-Hohenzollern, Niedersachsen, Bremen, der Bezirksverband Bielefeld sowie die Christlich-Soziale Union Bayerns dem 10. Landesparteitag Gr6Be 6bersandt und den Wunsch ausgesprochen, daB von der Rendsburger Tagung starke Impulse fdr die Landespolitik ausgehen m6chten. Der Landesverband Hamburg der CDU war durch seinen stellvertretenden Landesvorsitzenden, Senator a. D. Dr. Renatus Weber, vertreten.

Der VdK, der Verband der Kriegsgesch6digten, Hinterbliebenen und Sozialrentner des Landes Schleswig-Holstein, 6bersandte Gr6Be und wdnischte dem 10. Landesparteitag einen guten Verlauf. — Aus dem Kreis der Ehreng6ste nahmen der Vorsitzende des Landesbezirks Nordmark des DGB,

Walter, und der SPD-Fraktionsvorsitzende K6ber das Wort.

Widerspr6chlich

Wir zitieren aus der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ vom 3. Juli: „Die CDU, die FDP und die DP haben die Aufstellung ihrer Landeslisten offenbar mit der Absicht immer weiter hinausgeschoben, Landtagsabgeordnete des Blocks (gemeint ist der BHE, d. Red.) nach ihrem Uebertritt noch einen aussichtsreichen Platz auf der Liste zu geben.“

Am 28. Januar (!) 1958 schrieb die gleiche Zeitung: „Auf einer Pressekonferenz berichteten Landesvorsitzender Ministerpr6sident von Hassel und Landesgesch6ftsf6hrer Pusch 6ber die Vorbereitungen der Wahl durch die CDU... Am 5. Juli wird ein auBerordentlicher Parteitag (voraussichtlich in Kiel) endg6ltig 6ber die Kandidatenliste beschlieBen...“